



BASis Info 06/2026

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor einem Jahr sind wir als Regierung gestartet – mit einem klaren Anspruch: Verantwortung für Deutschland zu übernehmen. Die Zeiten waren und sind nicht einfach. Umso wichtiger ist es, dass wir gemeinsam Lösungen finden und Kompromisse erarbeiten, damit diese Regierung funktioniert und unser Land vorankommt.

Gemeinsam haben wir bereits viel auf den Weg gebracht. Vom ersten Tag an haben wir wichtige Reformen angestoßen. Wir haben die Grundsicherung neu aufgestellt, die Rente gesichert, faire Löhne mit dem Tariftreuegesetz gestärkt, das Deutschlandticket gesichert und mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter durchgesetzt. Außerdem haben wir ein großes Investitionspaket von 500 Milliarden Euro beschlossen, damit endlich in unser Land investiert wird: in Schulen, Straßen, Schienen, Klimaschutz, Sportstätten und bezahlbares Wohnen. Und wir machen weiter. Die nächsten Schritte sind die große Gesundheitsreform und Entlastungen bei der Einkommensteuer.

Für uns als Sozialdemokratie gilt dabei ein klarer Maßstab: Wir gehen Reformen ambitioniert an und haben dabei immer im Blick, dass sie gerecht sind – für die Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen und dieses Land am Laufen halten. Das ist unser Kompass für die kommenden Wochen.

Beim Koalitionsausschuss am 12. Mai haben Lars Klingbeil und ich gemeinsam mit den Spitzen der Unionsparteien beschlossen, bis zur am 10. Juli beginnenden parlamentarischen Sommerpause ein großes Reformpaket zu schnüren. Es soll die Themen Einkommensteuer, Arbeitsmarkt, Rente und

Bürokratieabbau umfassen. Wichtig war uns dabei auch, Arbeitgeber und Gewerkschaften in den Prozess einzubinden.

Außerdem haben wir uns auf ein wichtiges Entlastungssignal verständigt: Wir werden den nationalen CO2-Preis stabil halten. Auch für 2027 soll im Rahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) der gleiche Preiskorridor wie für 2026 gelten: von 55 bis 65 Euro. Damit verhindern wir eine zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger und kleinerer und mittlerer Unternehmen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro. Ab 2028 wird das ETS 2 das BEHG ablösen und einen CO2-Preis auf ähnlichem Niveau EU-weit einführen.

Apotheken sind ein integraler Bestandteil der deutschen Daseinsvorsorge und bieten Bürgerinnen und Bürgern einen niedrigschwelligen Zugang zum Gesundheitswesen. Mit der Apothekenreform wollen wir weiter die Arzneimittelversorgung sichern, Bürokratie abbauen und Apotheken wirtschaftlich stärken. Das gelingt mit dem Ausbau der Präventionsaufgaben im Bereich der pharmazeutischen Dienstleistungen sowie verbesserten Möglichkeiten zur Aufgabenteilung innerhalb der Apotheke. So modernisieren und stärken wir sie für die Zukunft. Das Apothekenversorgungs-Weiterentwicklungsgesetz, das der Bundestag in der vergangenen Woche beschlossen hat, ist dafür die Grundlage. Das Ziel ist klar: mehr Versorgungssicherheit durch starke Apotheken vor Ort.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes

Am 7. Mai fand im Bundestag die erste Lesung zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) statt – und ich habe dort zu diesem wichtigen Vorhaben gesprochen.

In Deutschland leben 13 Millionen Menschen mit einer anerkannten Behinderung oder Beeinträchtigung. Die meisten Behinderungen treten im Laufe des Lebens auf, durch eine Krankheit oder durch einen Unfall. Eine Behinderung kann daher jede und jeden von uns betreffen.

Im Alltag stoßen Menschen mit Behinderungen immer noch auf zahlreiche Barrieren. Unter anderem da für Unternehmen, für den privaten Sektor, bislang nicht gilt: Jede Benachteiligung ist verboten.

Auch wenn ich mir persönlich mehr gewünscht hätte, gehen wir mit der Reform des BGG wichtige Schritte voran.

Menschen mit Behinderungen bekommen jetzt einen Anspruch auf so genannte angemessene Vorkehrungen. Das bedeutet beispielsweise, dass der Friseurladen eine mobile Rampe zur Verfügung stellen muss oder eine andere praktikable Lösung anbietet. Es geht darum, Barrieren zu überwinden und Teilhabe zu ermöglichen – ohne die Unternehmen zu überfordern. Deshalb gibt es auch keine

neue Bürokratie, etwa in Form von Berichtspflichten.

Auch im öffentlichen Bereich wollen wir weiter vorankommen, zum Beispiel bei Behörden. Menschen mit Behinderungen haben künftig das Recht, dass man ihnen dort Nachfragen in einfacher und verständlicher Sprache erläutert. Auf dieses Recht müssen die Behörden auch hinweisen, sofern ihnen die Behinderung bekannt ist.

Wir schaffen zudem ein Bundeskompetenzzentrum für Gebärdensprache und Leichte Sprache. Und wir setzen feste Fristen für die Barrierefreiheit bei Bestandsbauten des Bundes. Der Bund steht also auch selbst in der Pflicht.

Trotzdem ist klar: Barrieren lassen sich nicht alleine durch Gesetze und Vorschriften abbauen. Wir brauchen vielmehr ein Umdenken und Mitdenken auf allen Ebenen. Nur dann kann Inklusion Wirklichkeit werden. Ich möchte die Unternehmen ausdrücklich ermutigen: Sehen Sie Inklusion als Chance auf neue Kundinnen und Kunden und gleichzeitig auf neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – durch eine barrierefreie Arbeitsumgebung.

Meine Rede und die Debatte können Sie sich [hier](#) gerne anschauen.

Mehr Schutz bei häuslicher Gewalt

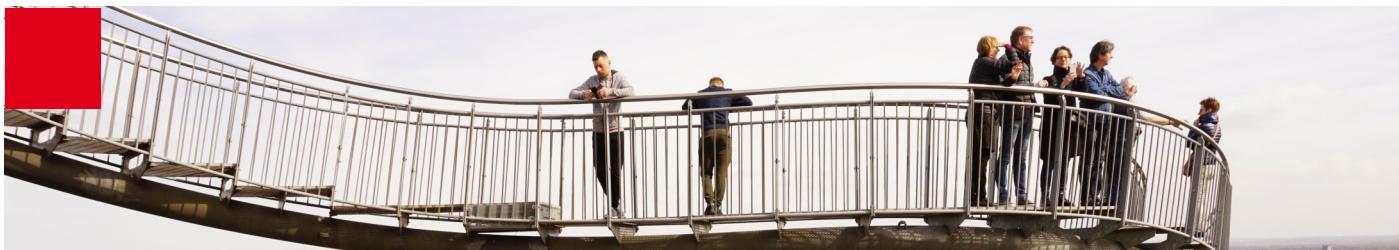
Die Zahlen sind alarmierend: Jährlich werden über 250.000 Fälle häuslicher Gewalt erfasst, die meisten Betroffenen sind Frauen. Für uns als SPD ist klar: Häusliche Gewalt ist keine Privatsache – sie geht uns alle an.

Mit der vom Bundestag beschlossenen Reform des Gewaltschutzgesetzes stärken wir den Schutz von Frauen vor Gewalt, indem wir die Fußfessel bei Gewalttätern einführen und Täterarbeit zur Verpflichtung machen.

Mit der elektronischen Fußfessel nach spanischem Vorbild schaffen wir ein wirksames Instrument, um

Opfer besser zu schützen: Täter können überwacht werden und Annäherungsverbote werden konsequenter durchgesetzt. Betroffene werden in Echtzeit gewarnt, wenn der Täter sich nähert, obwohl er das nicht darf. So kann die Polizei eingreifen, bevor es zu spät ist. Dazu gehören auch eine bessere bundesweite Gefährdungsanalysen und verbindliche Standards im Umgang mit Hochrisikofällen.

Mit der Täterarbeit setzen wir direkt an der Ursache an, beim Täter. Täterarbeit ist präventive Arbeit mit denen, die Gewalt in Paarbeziehungen ausgeübt haben.



E-Autoförderung gestartet

Ab dem 19. Mai können die Anträge für die neue E-Auto-Förderung auf der Homepage der Förderzentrale gestellt werden.

Die Zukunft des Autos ist elektrisch. Noch sind einige E-Autos teurer und insbesondere Familien mit kleinen und mittleren Einkommen haben oft keine günstige Möglichkeit für den Kauf eines Elektroautos. Mit einer Basisförderung von 3.000 Euro (1500 Euro für Plugin-Hybride) bis zu 6.000 Euro (4.500 Euro für Plugin-Hybride) für Haushalte mit geringem Einkommen und mindestens zwei Kin-

dern gleichen wir diesen Kostennachteil aus und ermöglichen klimafreundliches und bezahlbares Autofahren für alle.

Gleichzeitig stärken wir unsere Industrie: Deutsche und europäische Hersteller setzen kontinuierlich auf neue Elektromodelle. Mit dem Förderprogramm stärken wir den Absatz und die Auslastung unserer Werke. Die Förderung kann rückwirkend ab dem 1. Januar gezahlt werden. Entscheidend ist dabei das Datum der Neuzulassung.

Digitalisierung des Sozialstaats: Gremium nimmt Arbeit auf

Auf dem GovTech Campus in Berlin hat am 20. Mai 2026 das neue Expertengremium "Digitalisierung Sozialstaatsreform" seine Arbeit aufgenommen. Gemeinsam mit dem Bundesdigitalminister Dr. Karsten Wildberger habe ich die Kick-off-Sitzung eröffnet.

Das Expertengremium wird bis Ende 2027 monatlich tagen und soll die Digitalisierung der Arbeits- und Sozialverwaltung vorantreiben. Damit wird eine der Empfehlungen ganz konkret umgesetzt, die die Kommission zur Sozialstaatsreform Ende Januar abgegeben hat. Ziel ist ein Sozialstaat, der schneller hilft und einfacher funktioniert. Die Verwaltung soll im Hintergrund besser zusammenarbeiten, sodass Bürgerinnen und Bürger nicht mehr selbst Zuständigkeiten klären müssen. Ein zentraler Hebel dafür ist die konsequente Digitalisierung.

Das Gremium "Digitalisierung Sozialstaatsreform" setzt sich aus Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) als Vorsitzende, der Bundesagentur für Arbeit, den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen sowie den drei kommunalen Spitzenverbänden zusammen. Weitere Bundesländer, Sozialversicherungsträger und Digital Expertinnen und Experten werden themenbezogen hinzugezo-

gen, um das Fachwissen aus allen Bereichen zu nutzen.

Eines der ersten Arbeitspakete wird eine verbindliche Roadmap für die Arbeit des Gremiums sein, die spätestens nach sechs Monaten vorliegen wird. Das Gremium wird sich auch mit der Entscheidung zum zentralen digitalen Sozialportal als "One Stop Shop" beschäftigen. Dort sollen Bürgerinnen und Bürger alle Sozialleistungen digital beantragen und verwalten können, ohne dass sie mehrfach Formulare ausfüllen oder Behördengänge machen müssen. Die Verwaltungssysteme müssen dafür modernisiert und ein besserer Datenaustausch zwischen den Behörden organisiert werden.

Die künftige "EUDI Wallet" des BMDS, eine digitale Brieftasche für das Smartphone, spielt dabei eine Schlüsselrolle. Künstliche Intelligenz soll zudem die Antragsprozesse unterstützen, sie verständlicher machen und Routineaufgaben reduzieren. Für die Menschen bedeutet das weniger Bürokratie, weil Daten nicht mehrfach abgefragt werden. Entscheidungen fallen schneller, weil Verfahren digital vernetzt sind. Und die Verwaltung kann die Bürgerinnen und Bürger individueller unterstützen, weil sie entlastet wird.



Mein Tagebuch

Seit vielen Jahren geht's für mich an jedem 1. Mai raus zum Landschaftspark, hier in meiner Heimatstadt Duisburg. Dieser 1. Mai war für mich persönlich aber etwas ganz Besonderes: Meine erste Rede zum 1. Mai als Bundesministerin für Arbeit und Soziales und als SPD-Vorsitzende.

Ich danke allen, die auf der Straße waren und zur DGB-Kundgebung im Landschaftspark gekommen sind. Das war ein wirklich starkes Signal, genau zur richtigen Zeit: Selten war ein 1. Mai so wichtig wie heute!

Der 1. Mai ist kein klassischer Feiertag. Er war immer ein Kampftag. Der 1. Mai steht für soziale Rechte, die lange und hart erkämpft werden mussten: Für Tarifverträge, für Mitbestimmung, für Kündigungsschutz und für Arbeitsschutz!



Für mich ist ganz klar: Unser Sozialstaat sichert Existenzen und Kaufkraft. Er sichert Bildung, Gesundheit und Aufstiegschancen. Er sichert soziale Stabilität und damit innere Sicherheit. Deshalb werde ich ihn gegen Angriffe verteidigen und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schützen. Denn sie halten den Laden am Laufen und erwirtschaften die Gewinne.

Die Soziale Marktwirtschaft hat immer deutlich gemacht: Markt und Menschlichkeit sind kein Widerspruch. Sondern die Voraussetzung für echten Fortschritt.



Wir können unsere wirtschaftlichen Probleme nicht durch pauschale Kürzungen von Sozialleistungen lösen. Wir müssen unseren Sozialstaat neu aufstellen. Ich möchte die soziale Sicherung dabei aber nicht kleiner machen, sondern klüger. Das beste Beispiel sind die Vorschläge der Sozialstaatskommission, die wir nun Schritt für Schritt umsetzen.

Auch die Alterssicherungskommission erarbeitet Maßnahmen, denn bei der Rente brauchen wir ebenfalls Reformen. Aber dabei muss klar sein: Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, verdient eine auskömmliche Rente.

Ich bin überzeugt: Wenn Gewerkschaften und SPD zusammenstehen – dann bewegt sich etwas in diesem Land. Das haben wir bewiesen. Und das beweisen wir gerade neu.

Bis zum nächsten Mal – ich freue mich drauf!

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>

Neues zum Schluss